



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 10.02.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Bericht zur Obdachlosenunterbringung in  
Ludwigsburg

Vorl.Nr. 029/10

---

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung überreicht EBM **Seigfried** Herrn Daferner nachträglich die Ludwigsburgmedaille und bedankt sich bei ihm für sein großes und vielseitiges ehrenamtliches Engagement im sozialen und kirchlichen Bereich.

Anschließend teilt EBM **Seigfried** mit, Stadträtin Lange habe zu TOP 5.1 einen Antrag gestellt und ruft die Vorl.Nr. 029/10 auf.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) teilt mit, man habe mit der Anmietung der Unterkunft Gänsfußallee die dreistufige Konzeption der Obdachlosenunterbringung umsetzen und so eine deutliche Qualitätsverbesserung erreichen können. Die Obergrenze der Belegungsmöglichkeiten werde dadurch nicht mehr erreicht und man könne den Obdachlosen nun eine Wohnperspektive bieten.

Frau **Haidar** (Leiterin Obdachlosenheim Riedle) geht auf die Belegungssituation im Obdachlosenwohnheim Riedle im Jahr 2009 ein. Es sei zu beobachten, dass deutlich mehr Personen unter 65 Jahren in das Obdachlosenwohnheim kamen, die Zahl der unter 25-jährigen hingegen, gesunken sei. Der Anteil der Frauen liege bei 7 % und sei im Vergleich zu Vorjahren deutlich geringer. Die Obdachlosigkeit sei häufig die Folge einer Sucht, psychischen oder sonstigen Problemen der Betroffenen. Ferner sei zu beobachten, dass die Verweildauer gestiegen sei, 32 % der Bewohner lebten 3 bis 6 Jahre in der Unterkunft.

Stadtrat Dr. **Bohn** führt an, Wohnen gehöre zum Grundbedarf menschlichen Lebens, woraus sich das Pflichtprogramm der Daseinsvorsorge der Stadt ergebe. Um selbständiges Wohnen der Betroffenen zu erreichen sei allerdings ein vier-stufiges Modell notwendig. Er wisse aber auch, dass ein Teil der Betroffenen nur bedingt Hilfe von außen annehmen würden.

Die Stadträte **Kirnbauer**, **Klett-Heuchert**, **Heer** und **Lange** bedanken sich beim Personal der Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte für den Bericht und die geleistete Arbeit.

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) teilt das endgültige Rechnungsergebnis der 1-Euro-Mittagessensversorgung in Schriftform an das Gremium aus.

EBM **Seigfried** verweist auf einen Zwischenbericht über das 1-Euro-Essen im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 20.10.2009 und die Zuständigkeit des Fachbereiches Bildung, Familie, Sport.

Herr **Reichert** geht kurz auf die Vorl.Nr. 015/10 ein und erläutert, die Restmittel aus 2009 würden auf den Haushalt 2010 übertragen.

EBM **Seigfried** bedankt sich bei dem Verein Star Care, den Partnern (Schulen und Kinsdergärten), sowie den städt. Mitarbeitern, insbesondere Herrn Reichert für ihren Einsatz. Er stelle fest, dass die Finanzierung des 1-Euro-Essens für 2010 gesichert sei.

Stadtrat **Meyer** lobt die Kindergärten und Schulen für einen sehr zielgerichteten und verantwortungsvollen Umgang mit den für 2009 zur Verfügung gestandenen Finanzmitteln. Es handle sich bei diesem Projekt um eine Freiwilligkeitsleistung, die er als sinnvoll betrachte.

Stadtrat **Kirnbauer** hebt die reibungslose Umsetzung des Projektes hervor.

EBM **Seigfried** führt an, es gehe bei dem Projekt um die Linderung von Not. Die Definition des Begriffes Not habe man in die Verantwortung der Träger der Einrichtungen gestellt. Bei Betrachtung des Rechnungsergebnisses erkläre sich die unterschiedliche Inanspruchnahme des Angebotes häufig durch die örtliche Lage und dortige Sozialstruktur der jeweiligen Einrichtung.

Stadträtin **Lange** spricht sich grundsätzlich für ein kostenloses Mittagessen in diesen Bereichen aus.

Herr **Reichert** beantwortet Fragen aus dem Gremium zur Finanzierung und Lücken bei den Angaben im Rechnungsergebnis und nennt Gründe für die unterschiedliche Inanspruchnahme des Angebotes verschiedener Träger. Die Kontrolle der Berechtigung aller Nutzer des 1-Euro-Essens sei nicht möglich, insbesondere mit dem vereinbarten Ziel den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten. Die Träger lieferten aber entsprechende Nachweise, nur so habe die Verwaltung die Gründe für eine Förderung erheben können und verweist auf die Vorl.Nr. 015/10.

Stadtrat **Glasbrenner** regt an, künftig, soweit dies praktikabel sei, zu prüfen, ob die Verhältnismäßigkeit von den einzelnen Trägern eingehalten werde, um so einer ungerechten Verteilung der Mittel vorbeugen zu können.

EBM **Seigfried** zeigt sich über die Umsetzung des Projektes sehr zufrieden und sieht die Entscheidung, wer ein 1-Euro-Essen erhalten soll ausschließlich in der Verantwortung der Träger vor Ort.

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement) teilt eine schriftliche Zusammenstellung über die Arbeit und Aufgaben der Beratungsstelle pro familia e.V. an das Gremium aus.

Frau **Wächter** (pro familia e.V.) teilt mit, die deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V. habe das Ziel sexuelle und reproduktive Rechte der Menschen zu schützen und sehe seine Hauptaufgabe in der Einrichtung und Unterhaltung von Beratungsstellen, und insbesondere Beratungen zu Fragen von Partnerschaft, Sexualität und Schwangerschaft Beratungen anzubieten und durchzuführen. Die Beratungsstelle von pro familia e.V. in Ludwigsburg bestehe seit 1973 und sei mit insgesamt 12 Honorarkräften besetzt, die teilweise durch das Ministerium für Arbeit und Soziales und den Landkreis Ludwigsburg gefördert werden. In diesem Zusammenhang bedankt sie sich bei der Stadt Ludwigsburg für den jährlichen Mietzuschuss und die Realisierung der Erweiterung der Beratungsräume. Als die beiden größten Tätigkeitsbereiche führt sie die Beratung und die Sexualpädagogik von pro familia e.V. an. In der Beratung liege der Schwerpunkt bei der Schwangerenberatung mit insgesamt 1.100 Beratungsgesprächen in 2009, wovon 519 Frauen in der Schwangerschaftskonfliktberatung betreut worden seien. In der psychologischen und ärztlichen Beratung, sowie in den Bereichen Rechtsinformation und Sozialpädagogik seien 9 Honorarkräfte tätig. Der Anteil, der in Ludwigsburg wohnenden Klienten betrage 25 %.

Frau **Plan-Geiger** als Koordinatorin des sexualpädagogischen Bereiches bei pro familia e.V. erläutert, dass aufgrund einer finanziellen Unterstützung der Bürgerstiftung Ludwigsburg 2004 das zwischenzeitlich stark nachgefragte Aufklärungsprojekt für die 5. Klasse ermöglicht worden sei. Zwischenzeitlich bestehe auch für höhere Klassen eine erhöhte Nachfrage, wofür man ein neues Konzept entwickle. Ab Herbst 2010 solle es auch für Behinderte im Bereich Sexualpädagogik ein Angebot geben. Dringliches Ziel sei es einen männlichen Sexualpädagogen fest anstellen zu können, um nicht wie bisher auf Mitarbeiter anderer pro familia Beratungsstellen bei einzelnen Projekten zurückgreifen zu müssen.

Das Gremium bedankt sich einmütig bei pro familia e.V. für die wichtige und geleistete Arbeit.

Stadtrat **Glasbrenner** bittet in diesem Zusammenhang die Verwaltung eine Aufschlüsselung und Übersicht über die von der Stadt Ludwigsburg geförderten Institutionen in der Frauen- und Mädchenberatung. Die im Haushaltsplan angeführten Zuschüsse seien nicht immer klar zuordenbar, was einen Vergleich in Art und Umfang nicht mehr möglich mache. Auch hinsichtlich der Haushaltsklarheit bitte er die einzelnen Leistungen und deren historische Entwicklung aufzuführen, um gegebenenfalls eine korrekte und sinnvolle Angleichung vornehmen zu können.

EBM **Seigfried** sagt Stadtrat Glasbrenner eine solche Zusammenstellung zu.

Stadträtin **Steinwand** hebt den präventiven Aspekt der Beratungsarbeit von pro familia e.V. hervor.

Auf Nachfragen von Stadträtin Kopf, Steinwand und Moersch geben Frau **Plan-Geiger** und Frau **Wächter** nähere Informationen zur Gesamtfinanzierung, Vernetzung zu anderen Beratungsstellen von pro familia e.V., an welchen Schulklassen im sexualpädagogischen Bereich Beratungen stattfinden und wie auf die spezifischen Probleme von Jungs eingegangen werde.

---

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** nennt als wichtige Aspekte des Projektes minifit die Bewegungsförderung und Gesundheitserziehung in Kindertageseinrichtungen, sowie die mögliche Einbindung des Projektes bei der künftigen Beratung des Sportentwicklungsplanes. Die Förderung des Projektes durch Bundesmittel laufe Ende 2010 aus. Alle Netzwerkpartner, darunter auch die Stadt Ludwigsburg und die mh-plus BKK hätten zwischenzeitlich eine Vereinbarung über die Weiterführung des Projektes beschlossen.

Frau **Roth** (mh-plus BKK) ist Projektkoordinatorin von minifit und gibt einen Überblick über die Entstehungsgeschichte, den aktuellen Stand und die künftige Entwicklung des Projektes. Minifit sei ein Projekt, das über 3 Jahre vom Bundesministerium Ernährung und Landwirtschaft mit insgesamt 300.000,-€ gefördert worden sei. Das Ministerium habe die Fördergelder um ein weiteres Jahr verlängert. Ab Dezember 2010 werde die Finanzierung aller Module des Projektes von den Trägern der Kindertagesstätten übernommen und so könne das Projekt weitergeführt werden. Mittlerweile zähle minifit 17 Netzwerkpartner in Ludwigsburg und Gemmrigheim. Das Projekt decke insbesondere die Bereiche Gesundheitsförderung, gesunde Ernährung, die Zusammenarbeit mit Eltern und die Fortbildung von Erzieherinnen ab. Hervorzuheben sei, dass jede Einrichtung individuell von mh plus beraten werde. In Ludwigsburg beteiligten sich 64 Betreuungseinrichtungen mit insgesamt 3.500 Kindern an minifit. Davon seien 17 Kindertagesstätten mit Bewegungsräumen ausgestattet worden. Als Besonderheiten des Projektes seien auch die ständige Weiterentwicklung des Konzeptes, die Gesundheitsförderung für Erzieherinnen und die Vernetzung mit kommunalen Angeboten anzuführen. Die Qualitätssicherung sei zum einen durch ein extern beauftragtes Prüfinstitut gesichert und zum anderen frage man die Zufriedenheit der Eltern durch feed-back-Fragebögen ab. Künftig wolle man das Projekt minifit auf Kinder von 0-6 Jahren ausweiten. Ferner werde derzeit eine Konzeptentwicklung zur Prozess erleichterung und zu Fundraising ausgearbeitet.

Die Stadträtin **Kreiser** freut sich über die Weiterführung des Projektes und die künftige Einbeziehung der unter Dreijährigen und lobt die positive Beteiligung der mh plus BKK hier im präventiven Bereich.

Stadtrat von **Stackelberg** hebt hervor, dass die Krankenkasse mh plus gerade bei der Bewegungsarmut und der oft fehlenden Bewegungsräume der Kinder ansetze, die Angebote sehr gut durchorganisiert seien und auch spürbar ankämen.

EBM **Seigfried** sagt als Vorsitzender des Beirates von minifit, die Initiative des Projektes gehe auf Herrn Wurster, einen seiner Vorgänger zurück. Er sei froh und bedanke sich bei allen Beteiligten des Projektes, dass sich jeder nach seinen Möglichkeiten für die Weiterführung von minifit einsetzte und somit die bereits geschaffenen Netzwerke und Strukturen erhalten werden könnten.

**Abweichender Empfehlungsbeschluss:**

1. Die Förderung der vier Ludwigsburger Aktivspielplätze wird von der Abmangelfinanzierung auf eine pauschale Förderung umgestellt. Die Vereine erhalten auf der Basis der Vorauszahlungen 2009 einen um 3 % gekürzten pauschalen Zuschuss.
2. Die Verwaltung wird beauftragt auf der Basis von Gesprächen mit den vier Vereinen dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales möglichst im 1. Halbjahr 2010 einen Vorschlag zur Beschlussfassung zu unterbreiten, der quantitative und qualitative Aspekte bei der zukünftigen pauschalen Förderung berücksichtigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** stellt fest, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung für 2010 ein Maßnahmenkatalog mit insgesamt 198 Einzelvorschlägen erstellt wurde und 17 dieser Vorschläge für den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales relevant seien. Die jetzt zu behandelnden Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 seien zwei davon. Es stelle sich immer die Frage, wie man die Haushaltskonsolidierung umsetze, man käme aber nicht umhin Einsparungsbeschlüsse zu fassen. Jede Einsparung habe Auswirkungen in der Praxis und es sei legitim, dass die Betroffenen Stellung nehmen könnten.

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) verweist auf die Vorl.Nr. 007/10 und den Sparauftrag bei der Förderung der Ludwigsburger Aktivspielplätze von 30.000,-€. Nach Abzug dieses Betrages vom ursprünglichen Haushaltsansatz stünden somit 240.000,-€ in 2010 für die vier Aktivspielplätze zur Verfügung. Wie die Verteilung der Mittel erfolgen solle, stehe jetzt zur Diskussion, die Verwaltung schlage vor, jedem Aktivspielplatz 60.000,-€ für den Betrieb und Unterhaltung der Plätze zuzuweisen.

Stadträtin **Kopf** führt bei der Aufteilung der Mittel die unterschiedlichen Lohnkosten und das differenzierte Betreuungsangebot der vier Aktivspielplätze an.

Stadtrat von **Stackelberg** spricht sich für den Erhalt der Aktivspielplätze aus, auch an dem aktuellen Qualitätsanspruch solle nichts geändert werden. Die Vereine hätten mit immer mehr Finanzierungslücken zu kämpfen. Häufig werde das Angebot der Aktivspielplätze von den Eltern

als günstige Betreuung angesehen, wobei der zu entrichtende Jahresbeitrag nicht kostendeckend sei. Gleichzeitig lasse das ehrenamtliche Engagement der Eltern nach. Die Vereine bräuchten Planungssicherheit, ansonsten könne es zu Änderungskündigungen kommen. Er könne einer Mittelverteilung nach dem Gießkannenprinzip deshalb nicht zustimmen. Vielmehr solle die Prozentaufteilung der Mittel des Jahres 2009 als Grundlage herangezogen werden. Er spricht sich für die Erarbeitung einer Leistungsvereinbarung aus. So könnten die einzelnen Angebote und Leistungen abruf- und vergleichbar gemacht werden.

Stadtrat **Glasbrenner** verweist auf die prekäre Haushaltslage, absehbare Mehrausgaben in 2010 und Auswirkungen des Finanzausgleichs aufgrund einer einmaligen Gewerbesteuererinnahme in 2009 auf die kommenden Jahre. Er appelliert an die Generationenverantwortung und betont die Notwendigkeit von Einsparungen. Bezüglich der Mittelverteilung in 2010 könne er der Vorl.Nr. 007/10 folgen, weil in der Kürze der Zeit nötige Parameter nicht ermittelt werden könnten. Für die Zukunft sollten möglicherweise die Vereine selbst eine Aufgabenpalette erstellen und zusammenstellen, wann, welche Angebote auf dem jeweiligen Aktivspielplatz stattfinden sollen. Aufgrund dieser Angaben sollen verlässliche Zuschüsse gewährt werden und keine Abmangelfinanzierung erfolgen. Er gibt zu bedenken, dass es bei Einigung mit den Vereinen auf eine Leistungsvereinbarung zu einem Leistungsaustausch käme, der steuerpflichtig werde.

Stadträtin **Klett-Heuchert** sieht nur eine Mittelverteilung nach dem Bedarf, insbesondere hinsichtlich der Personalkosten der einzelnen Vereine als gerecht an. Ferner müssten die Aktivspielplätze in die Jugendförderung eingereiht werden.

Stadtrat **Heer** geht kurz auf die Entwicklung der Aktivspielplätze seit 1980 in organisatorischer und finanzieller Hinsicht ein. Künftig sei er für eine Zuschussfinanzierung der Vereine unter Berücksichtigung verschiedener Parameter wie beispielsweise die unterschiedlichen Möglichkeiten der Vereine Einnahmen zu akquirieren, sowie die jeweiligen Angebote und Öffnungszeiten der Aktivspielplätze. Er verweist auf einen Kürzungsbeschluss im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 02.12.2009 zu diesem Thema.

Stadträtin **Lange** stellt im Sachzusammenhang folgenden Antrag:

Die Aktiv-, Abenteuer- und Bauspielplätze werden als ein wichtiger Baustein der Kinder- und Jugendförderung aller 6 bis 12 jährigen Kinder in die von der Stadt zu überarbeitenden Leitlinien zur Kinder- und Jugendförderung in Ludwigsburg aufgenommen.  
Die von der Stadt geplante Kürzung der Finanzierung wird deshalb zurückgestellt.

EBM **Seigfried** führt an, er könne sich vorstellen die Aktiv-, Abenteuer- und Bauspielplätze in die Leitlinien mit aufzunehmen. Zur geplanten Kürzung bei den Aktivspielplätzen stellt er Kindergartenplätze und den Ausbau von U 3 Betreuungsplätzen als pflichtige Leistung dem freiwilligen Angebot der Aktivspielplätze gegenüber. Er schlägt vor die Mittel für 2010 durch einen 3 %-igen Abschlag der in 2009 geleisteten Vorauszahlungen auf die vier Vereine zu verteilen.

Stadtrat **Meyer** unterstützt den Verteilungsvorschlag von EBM Seigfried und möchte dadurch bekräftigen, dass die in den Haushaltsberatungen beschlossenen Einsparungen auch durchgesetzt werden sollen. Ferner wundere er sich über den Verlauf der ersten Diskussion über Einsparungen, nachdem es sich um eine Kürzung von 3 % handle.

Stadtrat Dr. **Bohn** ergänzt, in der Beschlussvorlage sei der klare Auftrag an die Verwaltung mit inbegriffen bis zu den Haushaltsberatungen 2011 auch bei den Aktivspielplätzen neue Strukturen zu schaffen, um andere Verteilungsgrundlagen zu erhalten. Die Leistungen der einzelnen Vereine, die einen Aktivspielplatz betreiben, seien unterschiedlich, was sich auf die Höhe des städt. Zuschusses auswirken solle. Entgegen manchen Äußerungen seien Aktivspielplätze nicht nur für sozial Schwache, sondern für alle Kinder und würden auch so genutzt.

Stadtrat **Heer** sagt, er gehe davon aus, dass man im Jahr 2011 eine Budgetierung für alle Vereine

haben. Dies sei für die Vereine wichtig um zu wissen, wie hoch ihr finanzieller Spielraum nach Berücksichtigung der dynamisierten Personalkosten sei. Er fordert die Verwaltung nachdrücklich auf die Situation der Vereine zu prüfen, Vorschläge zu unterbreiten, sowie Wege und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen um den Budgetrahmen einhalten zu können.

Auf Nachfrage von EBM Seigfried wünscht Stadträtin **Lange** keine separate Abstimmung über die Inhalte Leitlinien und Kürzung der Finanzierung ihres Antrages.

EBM **Seigfried** lässt das Gremium daraufhin über den Antrag von Stadträtin Lange im Gesamten abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend stellt er die Vorl.Nr. 007/10 zur Abstimmung.

TOP 5.2

Erhöhung Hallenmieten und Sportplatzpachten

Vorl.Nr. 010/10

---

#### **Beschluss:**

1. Die „Entgeltordnung für die Benutzung der Ludwigsburger Turn-, Sport- und Mehrzweckhallen für sportliche, kulturelle und staatsbürgerliche Veranstaltungen“ in der beigefügten neuen Fassung wird beschlossen und tritt rückwirkend zum 1. Januar 2010 in Kraft.
2. Die Pachten für Freiflächen (z.B. Sportplätze, Werferplatz, Rollschuhbahn usw.) werden ab 1. Januar 2010 gleichgestellt und angepasst (entsprechend der Begründung 2 dieser Vorlage).

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) geht inhaltlich auf die Vorl.Nr. 010/10 ein und stellt fest, dass aus zeitlichen Gründen und aufgrund der Thematik keine strukturellen Veränderungen an der Entgeltordnung vorgenommen worden seien.

EBM **Seigfried** verweist auf ein Schreiben des Stadtverbandes Sport das, wovon er ausgehe, allen Stadträten vorliege. Darin werde auf die Erhöhung der Belastung für die Vereine aufmerksam gemacht.

Stadtrat Dr. **Schwytz** bedauert, dass den betroffenen Vereinen nicht früher mitgeteilt wurde,

welche Konsequenzen der Beschluss des Gemeinderates vom 17.12.2009 eine pauschale Kürzung der Sportförderung um 5 % vorzunehmen, für sie haben könnte. Er halte an der beschlossenen Einsparung von 25.000,-€ fest, die Umsetzung solle aber nicht zum 1.1.2010 erfolgen, sondern zu einem späteren Zeitpunkt wie beispielsweise 1.4.2010 oder später.

Stadtrat von **Stackelberg** führt an, er habe bei einer Überarbeitung der Entgeltordnung einige Punkte gefunden, die angepasst werden sollten.

EBM **Seigfried** teilt hierzu mit, die Verwaltung sei in der Vorlage ausschließlich auf die mögliche Umsetzung der beschlossenen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen eingegangen. Eine grundsätzliche Überarbeitung der Entgeltordnung und der Sportförderbedingungen solle zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen des Sportentwicklungsplanes diskutiert werden.

Stadtrat von **Stackelberg** sieht Änderungsbedarf insbesondere bei Bewirtungsmöglichkeiten, Verfügbarkeit der Hallen und bei Eintrittspreisen. Er befürchte, dass nach einer heutigen Abstimmung über die Vorl.Nr. 010/10 in naher Zukunft keine grundsätzliche Überarbeitung der Entgeltordnung erfolge und schlage deshalb vor, den Beschlussvorschlag durch einen entsprechenden Zusatz zu ergänzen.

Stadtrat **Glasbrenner** lobt die solidarische Erklärung der Sportvereine zu Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen. Er gibt zu Protokoll, man nehme bezogen auf die Haushaltsplanzahlen, nicht auf die tatsächlichen Mitgliederzahlen eine Kürzung von rund 8 % im Bereich der Zuschüsse vor, und erhöhe die Hallengebühren um 16,4 %. Nach den Ausführungen von Stadtrat von Stackelberg schlage er vor, die Änderung als Festlegung der Benutzungsentgelte zu bezeichnen und nach Ausarbeitung einer neuen Entgeltordnung in Zusammenarbeit mit dem Stadtverband Sport über diese zu abzustimmen.

EBM **Seigfried** sagt, formal müsse nun die bestehende Entgeltordnung geändert werden um eine Erhöhung der Hallenmieten und Pachten für Freiflächen regeln zu können. Anhand der Hallenentgelte von vier Vereinen im Stadtgebiet zeigt er vergleichsweise die Auswirkungen der vorgeschlagenen Erhöhungen auf. Dabei führt er an, dass ein Parameter bei der Hallennutzung die tatsächliche Nutzung der Halle sei.

Stadtrat Dr. **Vierling** würdigt die Arbeit der Sportvereine im Kinder- und Jugendbereich. Er vermisse aber einen signifikanten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung des Erwachsenensports. Unter Einbeziehung der Kaufkraft von 1994 und der Inflationsrate stelle die von der Verwaltung vorgeschlagene Gebührenerhöhung um 16 % tatsächlich eine Senkung dar. Ferner verweist er auf die niedrige Hallenmiete in Ludwigsburg im Vergleich zum durchschnittlichen Hallenmietenniveau deutscher Kommunen in der Vorl.Nr. 010/10 hin. Er rege an die Hallenmieten deutlich stärker zu erhöhen als vorgeschlagen und künftig, weitere, deutliche jährliche Erhöhungen der Hallenmieten vorzusehen.

Stadtrat **Heer** stellt fest, dass Ludwigsburg bei der Hallenvermietung relativ günstig liege.

Stadträtin **Lange** sieht in der Rückwirkung und im Umfang der Entgelterhöhung Probleme.

EBM **Seigfried** führt an, Ludwigsburg liege bei der Förderung von Aktivspielplätzen und Sportvereinen im Bundesvergleich sehr gut. Ziel sei es bei den anstehenden Sparmaßnahmen Kürzungen immer so vorzunehmen, dass Strukturen, die über lange Jahre hinweg gewachsen seien, erhalten blieben.

Stadtrat **Meyer** merkt an, bei der anstehenden Erhöhung um 16 % der Entgelte müsse berücksichtigt werden, dass seit 1994 keine Erhöhung erfolgt sei. Er bitte die Verwaltung die Höhe von Entgelten und Beiträgen künftig jeweils in einem bestimmten zeitlichen Rhythmus regelmäßig zu überprüfen.



EBM **Seigfried** sagt zu, dass diese Frage und eine grundsätzliche Überarbeitung der Entgeltordnung für die Benutzung der Ludwigsburger Turn-, Sport- und Mehrzweckhallen für sportliche, kulturelle und staatsbürgerliche Veranstaltungen bei den Verhandlungen des Sportentwicklungsplanes einbezogen werden.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 010/10 zur Abstimmung.

TOP 6                      **Kindergarten Brünnerstraße Ausbau U3 -  
Vorstellung des Planungsstandes  
- mündlicher Bericht**

---

**Beratungsverlauf:**

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert anhand von Grundriss-, Ansichts- und Lageplänen die künftige Lage und Bauweise des im Oktober 2009 beschlossenen Erweiterungsbaues des Kindergarten Brünnerstraße. Vorteil der jetzigen Planung seien der direkte Zugang des Anbaues zur vorhandenen Freispielfläche auf der Südseite und der barrierefreie Eingang zum Neubau. Der sich durch den Anbau ergebende Flächenverlust wolle man durch Aktivierung und Erschließung der auf der Nordseite liegenden Brachfläche ausgleichen. Die Verwaltung wolle bis Monatsende den Bauantrag stellen, im Sommer mit dem Bau beginnen, um den Anbau im Februar 2011 in Betrieb nehmen zu können. Die Bausumme von 160.000,-€ sei bei der vorgestellten Planung nicht überschritten worden. Für die mögliche Flächenaktivierung auf der Nordseite seien weitere 34.000,-€ erforderlich, die im Nachtragshaushalt eingestellt werden müssten.

EBM **Seigfried** nennt verschiedene Vorteile des Anbaues gegenüber der ursprünglichen Planung. Jetzt werde eine bessere Eingangssituation geschaffen, die inneren Abläufe des Kindergartenbetriebes werden nicht tangiert und die Problematik der Einstufung Um-/ Neubau des Zuschussgebers habe sich erledigt. Eine Entscheidung über die Verfahrensweise im Außenbereich werde im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgen.

Stadträtin **Kopf** fragt nach einer Möglichkeit im Untergeschoss des Kindergartengebäudes weitere Räume für die Hortbetreuung zur Verfügung zu stellen.

EBM **Seigfried** teilt mit, die Verwaltung sehe einen Ausbau des Untergeschosses nicht als geeignet an, wofür auch keine investiven Mittel zur Verfügung stünden. Über diese Thematik solle in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales diskutiert werden.

Stadträtin **Fuchs** regt an bei der Kalkulation der Kosten für die Aktivierung des Seitenstreifens im Nordbereich die künftigen Einsparungen des derzeitigen Reinigungsaufwandes durch die technischen Dienste Ludwigsburg zu berücksichtigen.

Auf Nachfrage der Stadtrates Glasbrenner und Anregung von Stadtrat Kirnbauer eine Fußbodenheizung einzubauen teilt Frau **Barnert** mit, die Heizungskonzeption sei noch nicht abgeschlossen. Ein Stellplatz für Kinderwägen soll möglicherweise im Untergeschoss geschaffen werden.

Stadtrat **Heer** sieht die aktuelle Planung als sehr gelungen an.

EBM **Seigfried** stellt fest, dass die vorgestellte Planung allgemeine Zustimmung im Gremium finde.

**Beschluss:**

Die Spenden

- der Sparda Bank Baden-Württemberg eG in Höhe von 20.000 EUR und 5.000 EUR
- des Steuerberater- und Wirtschaftsprüfungsbüros Bosser-Meyer in Höhe von 5.000 EUR
- der Rotary Hilfe e.V. Ludwigsburg in Höhe von 5.000 EUR
- der Volksbank Ludwigsburg in Höhe von 5.000 EUR

werden angenommen.

Die weiteren in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen werden angenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend:                      Stadtrat Dr. Schwytz  
    Stadträtin Klett-Heuchert

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** teilt mit, aus Kostengründen werde die Verwaltung dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales künftig zweimal pro Jahr eine Zusammenstellung über Spenden, Schenkungen u.ä. Zuwendungen zur Beschlussfassung vorlegen.

Stadtrat Dr. **Vierling** fragt nach, welche Kindergartenprojekte von der Sparda Bank BW in Höhe von insgesamt 25.000,-€ gefördert worden seien.

EBM **Seigfried** sagt Stadtrat Dr. Vierling nähere Informationen zu.